

Berlin, 11. April 2008



© Deutscher Bundestag /
Lichtblick/Achim Melde

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag hat zu einem Gespräch mit dem französischen Arbeitsminister Xavier Bertrand, (re.), geladen. Hier begrüßt der Vorsitzende des Ausschusses, Gerald Weiß, CDU/CSU, (li.), den Gast.



Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Gerald Weiß (Groß-Gerau) (CDU/CSU) sowie die Abgeordneten Jörg Rohde (FDP) und Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) empfingen am 11. April 2008 unter der Leitung des Arbeitsministers Xavier Bertrand eine Delegation hochrangiger Parlamentsabgeordneter sowie der französischen Botschaft zu einem Arbeitstreffen. An dem Gespräch nahmen auf französischer Seite neben dem Minister Frau Emmanuelle Cortot, diplomatische Beraterin des Ministers, Frau Agnès Leclerc, EU-Beauftragte und Leiterin der internationalen Beziehungen im Ministerium für Arbeit, Herr Pierre Lequiller, UMP-Abgeordneter und Vorsitzender des EU-Ausschusses der Nationalversammlung, Herr Yves Bur, UMP-Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, Herr Bernard de Montferrand, französischer Botschafter sowie Herr Xavier Luquet, Botschaftsrat für Sozialpolitik in der französischen Botschaft teil.

Ziel der Zusammenkunft war es, sich über die Ziele der französischen Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2008 auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auszutauschen.

Der französische Arbeitsminister, Xavier Bertrand, informierte die Gastgeber über die Ansätze, die Frankreich für seine Präsidentschaft gewählt hat. Insbesondere wurden die laufenden und angekündigten Richtlinienvorschläge zur Portabilität von Betriebsrenten sowie die Arbeitszeit- und Leiharbeitsrichtlinie diskutiert. Als Themen wurde die europäische Sozialagenda – die u.a. die Vereinbarkeit von Berufs-, Privat und Familienleben voranbringen will – sowie das Thema Flexicurity (Flexibilität und Sicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber) besprochen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Gerald Weiß, sagte im Rahmen der nationalstaatlichen Möglichkeiten, die Unterstützung des Ausschusses für Arbeit und Soziales bei den Texten und Themen zu. Beide Seiten stellten sicher, dass eine solidarische Präsidentschaft angestrebt würde. Das Soziale müsse gleichberechtigt mit den wirtschaftspolitischen Zielen verbunden werden, sagte Gerald Weiß.